

Stadt Osnabrück

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Westerberg, Weststadt (16)

am Mittwoch, 7. Dezember 2011

Dauer: 19:30 Uhr bis 21:50 Uhr

Ort: Hochschule Osnabrück, Albrechtstraße 30 (Wilhelm-Müller-Hörsaal)

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Herr Oberbürgermeister Pistorius

von der Verwaltung:

Herr Schürings, Fachbereich Städtebau / Fachdienst

Herr Osterfeld, Fachbereich Bürger und Ordnung

von der Stadtwerke

Herr Hoffmeister, Unternehmensentwicklung

Osnabrück AG:

Protokollführung:

Frau Winter-Albers, Büro für Ratsangelegenheiten

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - Aufhebung der Sperrung der Offenbachstraße / Blumenthalstraße
 - Entlastungsstraße West
 - Parksituation Natruper Straße
 - Werbung an Zäunen der Glückstraße
 - Situation für Fahrradfahrer auf der Caprivistraße
 - Pflasterung Katharinenviertel
 - Anwohnerparken Westerberg
 - Plakate im Katharinenviertel
 - Parkplatzsituation Klinikum Osnabrück
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
- 4 Anregungen und Wünsche

Herr Pistorius begrüßt ca. 80 Bürgerinnen und Bürger sowie die anwesenden Ratsmitglieder – Herrn Meimberg, Herrn Klein, Herrn Wurm und Herrn Dauer - und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Pistorius erklärt, dass keine offenen Anfragen aus der letzten Sitzung vom 11. Mai 2011 zu beantworten seien. Die Niederschrift wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Aufhebung der Sperrung der Offenbachstraße / Blumenthalstraße

Herr Schmidt fragt nach einer Aufhebung der Sperrung Offenbachstraße / Blumenthalstraße. Die Sperrung dieses Bereiches diene nur dem Wohl einiger weniger Anwohner der beiden Straßen und führe aber zu einer enormen Mehrbelastung des Durchfahrtsverkehrs an der Caprivistraße, Friedrich- und Bismarckstraße. Es gäbe keinen Grund, diesen Bereich besonders zu schützen, da hier weder Altenheim noch Schulen etc. ansässig seien. Die Situation an der Friedrichstraße sei ohnehin schon durch die Überlastung der parkenden Autos der Hochschule sehr störend, der enorme Verkehr schränke die Lebensqualität sehr ein und sei ein negativer Faktor der Anliegergrundstücke.

Herr Schürings erläutert, dass die Sperrung der Offenbachstraße / Blumenthalstraße durch den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt am 23.04.2009 beschlossen worden sei. Hintergrund sei eine Verkehrserhebung im November 2007 gewesen, wobei mehr als 2000 Kfz pro Tag in der Blumenthalstraße gezählt worden seien. In der Offenbachstraße wurden 19% Durchgangsverkehr ermittelt, die Offenbachstraße sei aber eine Wohnanliegerstraße.

Des Weiteren sei die Blumenthalstraße mit einer neuen Straßenoberfläche versehen worden. Der Straßenraum stehe unter Denkmalschutz und die Geräusche beim Abrollverkehr seien besonders hoch, im Gegensatz zur Caprivistraße.

Außerdem sei die Caprivikaserne Hochschulstandort und eine Anbindung sei ursprünglich nur durch die Caprivistraße vorgesehen worden. Durch die damaligen Baumaßnahmen wurde der Parkplatz verlagert, so dass er heute im Bereich der Blumenthalstraße liege.

Die in 2007 durchgeführte Verkehrserhebung habe gezeigt, dass die Caprivistraße die höchste Belastung habe, bei der Offenbach- und Blumenthalstraße aber innerhalb von 2 Jahren (von 2005 auf 2007) eine deutlich steigende Tendenz zu erkennen sei.

Herr Schürings weist darauf hin, dass sicherlich viele Alternativen der Verkehrsführung möglich gewesen wären. Daher hätte sich damals ein Arbeitskreis zusammen gefunden, der aus folgenden Mitgliedern bestanden habe: Vertreter der Fraktionen, Mitglieder der Verwaltung, Polizei, Interessengemeinschaft Blumenthalstraße/ Offenbachstraße, Interessengemeinschaft Offenbach- / Dunantstraße, Interessengemeinschaft Caprivistraße, Bürgerverein Nord-West e.V., Fachhochschule Osnabrück und Massiv-Haus-Systeme (Wohnbebauung Sophie-Charlotte-Straße). Hier seien alle Bereiche beteiligt gewesen, nicht nur die begünstigten.

Aufgrund der Belastungszahlen und der sonstigen genannten Rahmenbedingungen habe die Verwaltung die Sperrung dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vorgeschlagen. Diese Sperrung sei auch für viele Anlieger ungünstig. Auf der Caprivistraße sei noch mehr Verkehr und die Anlieger der Blumenthal- und Offenbachstraße müssten Umwege fahren.

Die Entscheidung der Sperrung sei eine reine Interessensabwägung gewesen.

Ein Bürger weist daraufhin, dass damals parteiübergreifend alle Gesichtspunkte berücksichtigt worden seien. Die Verwaltung habe eine Lärmmessung durchgeführt, da der Abrollverkehr durch das Kopfsteinpflaster sehr laut sei. Die Messungen hätten ergeben, dass die erlaubte Dezibelzahl deutlich überschritten worden sei.

Ein Bürger fragt die Verwaltung, ob auch der abfließende Verkehr an der Bismarckstraße und Friedrichstraße von der Verwaltung gemessen worden sei.

Eine Bürgerin weist daraufhin, dass der Verkehr an der Caprivistraße laut Auswertung von 2005 zu 2007 abgenommen hätte. Dieses sei aufgrund der vollen Auslastung der Albrechtstraße sicherlich nicht mehr repräsentativ.

Herr Schmidt erklärt, dass die Argumente des Kopfsteinpflasters und der mehr als 2000 Fahrzeuge pro Tag auch für die Friedrichstraße zuträfen. Aufgrund der Rückstausituation an der Lotter Straße würde der Verkehr vom Lieneschweg über die Friedrichstraße fahren. Daher sei die Situation an der Friedrichstraße gleich zu setzen wie die an der Blumenthalstraße/ Offenbachstraße und die Entscheidung von 2009 sollte nochmals überdacht werden.

Herr Becker erklärt, dass die Offenbachstraße erneuert worden sei und die Kosten zu 80% auf die Anlieger umgelegt worden seien, da es sich durch die Sperrung um eine Wohnstraße handle. Sollte die Sperrung aufgehoben werden, müsse die Stadt mit Rückforderungen rechnen, da die Offenbachstraße dann eine Durchgangstraße wäre.

Herr Pistorius bedankt sich für den Hinweis, stellt aber klar, dass noch keine Rede von einer Aufhebung der Sperrung sei.

Herr Schürings erklärt, dass eine schalltechnische Berechnung für die Nebenstraße ein aufwendiger Schritt sei. Die Blumenthalstraße sei schon lange ein Thema in der Verwaltung gewesen. Zwar habe auch die Caprivistraße teilweise einen Wohncharakter, sie habe jedoch eine höhere Verkehrsbedeutung. Bei den Nebenstraßen Bismarckstraße, Offenbachstraße und Friedrichstraße sei ein anderer Charakter festzustellen, nicht nur durch das Pflaster, sondern auch durch die Art der Randbebauung. Bei der Caprivistraße sei bei der verkehrstechnischen Funktion eindeutig der Durchgangsverkehr festzustellen. Es sei richtig, dass die Friedrichstraße das gleiche Pflaster habe und auch der Verkehr von der Caprivistraße über die Friedrichstraße abfließe, jedoch sei die Größenordnung nicht mit der Caprivistraße/ Blumenthalstraße zu vergleichen, sondern viele deutlich geringer aus, so dass die Wahrscheinlichkeit eines zu hohen Dezibel-Wertes eher unwahrscheinlich sei.

Zu dem Hinweis von Herrn Becker zu den Anliegerbeiträgen könne er keine Aussagen machen, da es je nach Einzelfall beurteilt würde und dieses beitragsrechtliche Fragen seien, die von einer anderen Stelle beurteilt würden.

Die Verwaltung würde den Hinweis von Herrn Schmidt aber aufnehmen und sich durch eine neue Verkehrszählung die Situation objektiv nochmals anschauen.

Herr Brinkman merkt an, dass auch die Bismarckstraße und Friedrichstraße über ein historisches Pflaster verfügen und somit auch hier der Abrollverkehr sehr laut sei. Die Frage sei doch wie die Verkehrssteuerung den Lärmschutz für Anlieger berücksichtigen könne. Der Rat habe doch sicherlich mit der Entscheidung den Lärmschutz für die Anlieger gewährleisten wollen. Die Verkehrsteilnehmer würden sich auch nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten. Der Rat solle die Verwaltung anweisen, dass sich die Situation geändert habe und den Lärmschutz für die Anwohner zur Priorität machen.

Herr Pistorius weist daraufhin, dass es in allen Wohngebieten im Stadtgebiet auch Geschwindigkeitsbegrenzungen gebe und alle den Straßenverkehr produzieren.

Ein Bürger erklärt, dass am Nachmittag des Sitzungstages um 15:30 Uhr durch die neue Ampelführung an der Lotter Straße ein langer Rückstau entstanden sei und die Autos sich bis zur Friedrichstraße stauen würden. Selbst der Bus komme nicht in die Haltestellen. In Osnabrück sollte es ein Konzept zur Verkehrsentslastung auf dem Westerberg geben.

Frau Heilmann merkt an, dass sie Teilnehmerin am Runden Tisch Caprivistraße war und dass die Sperrung Offenbachstraße/ Blumenthalstraße aus ihrer Sicht von Anfang an beschlossene Sache gewesen sei. Der Verkehr durch die Hochschule sei eine große Belastung und durch die Sperrung würde nur ein Teil der Anlieger bevorteilt. Gerechtere wäre es die Sperrung aufzuheben.

Herr Pistorius erklärt, dass die Stadt froh sei über die Entwicklung des Hochschulstandortes und der Standort habe viele Vorteile.

Herr Sellmeier vertritt die Auffassung, dass das Pflaster gegen den Willen der meisten Anwohner neu gemacht worden sei, da es einen permanenten Krach verursachen würde. In Osnabrück gäbe es viel Verkehr, aber für Radfahrer würde nichts getan. Daher würden viele Radfahrer auf den Bürgersteig ausweichen.

Herr Köster stellt fest, dass es an der Hochschule ein Parkproblem gäbe und fragt, ob die Rasenfläche neben der alten Frauenklinik dafür genutzt werden könne. Weiterhin stellt Herr Köster fest, dass die Kreuzung Caprivistraße / Saarplatz nicht funktioniere.

Herr Hendricks erklärt er sei Student an der Hochschule. Eine Hochschule würde eben Verkehr mit sich bringen, aber kein Bürger möchte diesen Verkehr vor seiner Tür haben. Er regt an die Busverbindungen zu verbessern, konkret die Kapazität der Linie 21 zu erhöhen.

Herr Pistorius bittet Herrn Hoffmeister diese Anregung aufzunehmen.

Herr Schürings erklärt, dass die Abrollgeräusche bei Kopfsteinpflaster lauter seien und Radfahrer oft das Pflaster meiden und den Bürgersteig nutzen würden, dieses sei auch in anderen Bereichen in der Stadt ein Problem.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt habe im November beschlossen, in der Bismarckstraße zwei Einengungen fest einzubauen, dieses sähe besser aus und würde zu einer Verkehrsberuhigung führen.

Die Stadt habe das Pflaster extra gefugt und die Straßenkehrmaschinen gedrosselt säubern lassen, mittlerweile fingen die Fugen wunschgemäß an zu vermoosen.

Das alles ginge einer Geräuschbelästigung nicht aus dem Weg. Wichtig sei, dass ein Verkehrsnetz zusammen hänge. Der Verkehr ließe sich durch eine Sperrung nicht auflösen, deshalb habe die Ausnahme Offenbachstraße auch so lange gedauert.

Das gleiche gelte für Einbahnstraßen, wie im Bereich Katharinenviertel, Martini- und Lotter Straße. Für den Bereich Westerberg sei eine Regelung so nicht umzusetzen. Jede Sperrung bringe auch Nachteile für die jeweiligen Anlieger.

Herr Schürings führt weiter aus, dass das Parken an der Hochschule ein Punkt auf der Agenda der Stadt sei. Das Problem sei, das große Einzugsgebiet der Hochschule und der zum Teil schlecht erschlossene Einzugsbereich, so dass der Berechnungsschlüssel für die Stellplätze der Hochschule sicherlich nicht passend für den Standort sei. Bei der Erweiterung des Hochschulstandortes an der Von Stein Kaserne würden die vorgeschriebenen Stellplätze berücksichtigt.

Zum Bereich Lieneschweg/ Lotter Straße/ Saarplatz führt Herr Schürings aus, dass die Situation zugunsten der Radfahrer verändert worden sei. Die Busse würden jetzt besser um die Ecke kommen und für die Radfahrer sei eine neue Straßenmarkierung veranlasst worden. Am Saarplatz bestehe die Problematik eines alten Baumbestandes und ein Eingriff würde alleine schon aus finanziellen Gründen nicht auf der Hand liegen.

Zu dem Vorschlag, die Wiese neben dem Konservatorium zu nutzen führt er aus, dass ein neuer Parkplatz auch neuen Verkehr mit sich bringe und dass die Wiese an eine Wohnsiedlung angrenze. Die Hochschule habe die Wiese erworben mit dem Ziel, dort bauliche Erweiterungen vornehmen zu können.

Frau Thörner weist daraufhin, dass die Einengungen in der Bismarckstraße noch beweglich seien, wenn diese fest installiert würden, wäre eine Einbahnstraße unmöglich. Die Geschwindigkeit sei immer noch deutlich höher als 30km/h. Eine Anwohnerbefragung zu dem Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt wäre wünschenswert gewesen.

Herr Winkler bedankt sich bei der Stadt für die neue Verkehrsregelung an der Caprivistraße.

Herr Wohlage stellt fest, dass der ruhende Verkehr im Bereich der Hochschule schlecht untergebracht sei. Seiner Meinung nach müsse für vier Studenten ein Stellplatz zur Verfügung gestellt werden. Bei 3200 Studenten im Bereich Caprivistraße wären das 800 Stellplätze. Der Parkplatz auf dem alten Exerzierplatz wäre nicht voll ausgenutzt. Die Friedrich- und Alberstraße würden als Notventil genutzt. Die Stadt solle gegenüber der Hochschule energischer vorgehen. Im Bereich der Caprivistraße müsse etwas passieren.

Frau Scholz erklärt, dass sie vor ihrem Wohnhaus an der Sedanstraße täglich den Müll der Studenten wegräumen würde.

Herr Pistorius kann die Beschwerden gut nachvollziehen, jedoch habe der Rat zwar Rechte aber für die Erziehung der Studenten seien sie nicht zuständig.

Frau Heilmann erklärt, dass sie grundsätzlich der Hochschule und den Studenten positiv gegenüber stehe, jedoch müsse das Problem des Parkens behoben werden. Die Albrechtstraße / Caprivistraße sei schon jetzt die verkappte Westumgehung.

Herr Schürings weist daraufhin, dass für den Standort Caprivistraße der Stellplatznachweis von der Hochschule erbracht sei und die Stadt hier nicht mehr fordern könne.

Herr Schmidt stellt fest, dass an der Friedrichstraße und Bismarckstraße mehr Anwohner wohnen als an der Offenbachstraße. Zur Verkehrsentlastung müssten daher alle Straßen genutzt werden, auch die Offenbachstraße.

2 b) Entlastungsstraße West

Herr Busch erfragt den Planungsstand der Entlastungsstraße West im Zusammenhang mit dem Bau des Wissenschaftsparks.

Herr Schürings erklärt, dass der geplante Wissenschaftspark verkehrstechnisch an die Sedanstraße angeschlossen werden solle. Die bisherigen Hauptzufahrten 2. und 3. bleiben bestehen und eine weitere sei in Richtung Paracelsusklink vorgesehen. Der Bebauungsplanentwurf liege dem Rat am 13.12.2011 zur Entscheidung vor und werde dann öffentlich ausgelegt, so dass jeder die Planungen einsehen könne. Eine Verkehrsanbindung Richtung Natruper Straße sei ebenfalls vorgesehen.

Zur geplanten Entlastungsstraße erklärt er, dass im Masterplan Mobilität folgende Änderung beschlossen worden sei: „Die Planungen für die Entlastungsstraße West werden zurückgestellt. Eine Finanzierbarkeit ist nicht gegeben. Das Verkehrskonzept Westerberg wird aktualisiert.“ Bis zur Realisierung der Entlastungsstraße West werde die Verkehrsanbindung von Süden über vorhandene Straßen geführt.

Herr Busch erfragt die Ansicht von Herrn Pistorius zur Entlastungsstraße West.

Herr Pistorius erklärt, dass er bis 2006 eine Entlastungsstraße West nicht für erforderlich gehalten habe. Mit Abzug der Briten hätte sich die Situation aber deutlich geändert. Die Entwicklung des Hochschulstandortes, die Realisierung des Wissenschaftsstandortes bis hin zum Innovationszentrum machten nun aber eine verkehrliche Entlastung unverzichtbar.

Die Verwaltung spreche sich für eine Entlastungsstraße aus. Im Rat gäbe es unterschiedliche Meinungen. Die Zählergemeinschaft SPD / Bündnis 90 Die Grünen werde eine Bürgerbefragung zu diesem Thema durchführen. Der wichtigste Schritt sei jedoch die Planungen. Eine Kostenaufstellung und eine Untersuchung des Lärmpegels benötige ca. einen Vorlauf von 9 Monaten. Dann gebe es ein Gutachten, aus dem hervorgehe, wie eine solche Straße aussehen könne. Geplant sei die Bürgerbefragung zeitgleich mit der Bundes- oder Landtagswahl durchzuführen, dieser Zeitpunkt würde auch mit der Umsetzung des Bebauungsplanes passen. Jeder Bürger könne sich also daran beteiligen.

Herr Busch merkt an, dass eine Bürgerbefragung auch eine Gefahr darstelle, dass die nicht betroffenen Stadtteile nicht abstimmen würden.

Herr Steins erklärt, dass die Gluckstraße ursprünglich eine Anliegerstraße war, mittlerweile aber Durchfahrtsstraße geworden sei. Es müssten zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, da die Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h schon jetzt nicht mehr eingehalten werden würde.

Herr Pistorius bedankt sich bei Herrn Steins für seinen Hinweis, jedoch gäbe es kein lebenslanges Recht auf Erhalt einer Anliegerstraße oder auf einen verkehrsberuhigten Bereich.

Frau Heilmann erfragt, ob die Pläne des Tunnels bei der Entlastungsstraße noch aktuell seien.

Herr Pistorius erklärt, dass dieses nicht mehr der Fall sei. Für jede Richtung seien eine Fahrspur und ein Gehweg vorgesehen. Das seien aber alles nur Pläne, die Bürgerbefragung müsse zuerst abgewartet werden.

Zu den Bedenken von Herrn Busch zur Bürgerbefragung erklärt Herr Pistorius, dass es immer wieder Beispiele für gescheiterte Bürgerbefragungen gäbe. Aber die Planungen seien jetzt auf dem Tisch und die Zählergemeinschaft würde um eine öffentliche Diskussion und für die Bürgerbefragung werben.

Herr Groneik weist daraufhin, dass in der Gluckstraße Schwellen eine Möglichkeit zur Verkehrsberuhigung sein könnten.

Herr Schürings erklärt, dass Schwellen auch nicht akzeptiert würden. Die Autos würden schnell heranfahren, langsam über die Schwelle fahren und dann wieder Geschwindigkeit aufnehmen. Außerdem seien zwei Kliniken in der Nähe.

Herr Busch teilt mit, dass Schwellen aufgrund der Krankenwagen nicht möglich seien.

Ein Bürger stellt fest, dass die Verwaltung zum Thema Entlastungsstraße West gut vorbereitet sei.

Herr Pistorius erklärt, dass jetzt der Planungsauftrag bearbeitet werde, damit eine gute Vorbereitung für die Bürgerbefragung gewährleistet sei.

Herr Steins fragt, wie ein so großes Gelände wie der Wissenschaftspark ohne Zufahrtstraße geplant werden könne. Der Rat und die Verkehrsplaner der Stadt müssten zusammen arbeiten.

Ein Bürger fragt wie die Engländer mit ihren verschiedensten Fahrzeugen zu der Kaserne gekommen seien.

Herr Pistorius erklärt, dass es in den letzten 15 Jahren immer weniger Verkehr durch die Engländer gegeben habe und keine Verkehrsmassen zu den Kasernen gemusst hätten. Eine sinnvolle Nutzung des Geländes solle umgesetzt werden.

2 c) Parksituation Natruper Straße

Herr Busch erfragt die Verwendung von Holzpollern auf der Natruper Straße insbesondere die Situation vor der Volksbank an der Natruper Straße 229 und deren Notwendigkeit.

Herr Osterfeld erklärt, dass der Parkstreifen von seiner Bemaßung für zwei längere Fahrzeuge (PKW-Kombi) zu kurz sei. Dies habe in der Vergangenheit häufig dazu geführt, dass Fahrzeuge bis in die Grundstückszufahrten abgestellt worden seien, so dass der zulässige Grundstücksverkehr nicht mehr möglich gewesen sei. Um diesem Zustand Rechnung zu tragen, wurde der Parkstreifen durch Poller auf einen großzügigen Stellplatz reduziert.

Grundsätzlich würde auch die Stadt Osnabrück gerne auf die Verwendung und Setzung von Holzpollern oder sonstigen Begrenzungsmaßnahmen verzichten. Dies würde aber einen kompletten Umdenkungsprozess sämtlicher Verkehrsteilnehmer erfordern, der eher unwahrscheinlich sei. Solange diese gegenseitige Rücksichtnahme und ein stärkeres Unrechtsbewusstsein nicht in den Köpfen jedes Einzelnen Einzug halten würde, müssten alle Verkehrsteilnehmer leider weiterhin mit solchen Hindernissen zu Recht kommen.

Herr Osterfeld erklärt weiter, dass die beiden Parkplätze der Volksbank trotzdem zu erreichen seien, wenn die Situation auch sehr eng sei. Auf der linken Seite befände sich der Stellplatz für die Fahrradfahrer, so dass alle Parkplätze trotzdem zu nutzen seien.

2 d) Werbung an Zäunen der Gluckstraße

Herr Busch erfragt die Zulässigkeit und das Einverständnis des Grundstückseigentümers an der Sedanstraße / Gluckstraße für die dort angebrachten zwei Werbeplakate.

Herr Pistorius berichtet, dass die angesprochenen zwei Werbeplakate sich am Zaun eines Privatgrundstücks befänden, folglich nicht im öffentlichen Verkehrsraum, so dass die Regelungen der Sondernutzungsatzung keine Anwendung fänden. Somit ergäbe sich daraus ableitend keine Möglichkeit, die Wegnahme der Werbeplakate zu fordern. Mit dem Eigentümer des Zaunes (Osnabrücker Beteiligungs- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH; OBG) wurde zwischenzeitlich Kontakt aufgenommen. Demnach lag das Einverständnis nicht vor und eine Abnahme der Plakate wird oder werde bereits von dort veranlasst.

2 e) Situation für Fahrradfahrer auf der Caprivistraße

Herr Hendricks erfragt die Situation und die zukünftige Entwicklung für Radfahrer an der Caprivistraße.

Herr Schürings erläutert, dass der Schutzstreifen zurzeit stadteinwärts in Höhe der Einmündung Friedrichstraße ende. Die Verwaltung habe sich im letzten Jahr mit der Situation befasst und dabei den Halteverbotsbereich um zwei Stellplätze Richtung Lotter Straße verlängert und den Schutzstreifen dementsprechend angepasst.

Eine weitere Verlängerung des Schutzstreifens sei ohne eine Aufgabe der Parkmöglichkeiten am Straßenrand nicht möglich. Bei einer Parkraumerhebung habe sich gezeigt, dass dieses nicht nur für die Besucher des Konservatoriums und der Hochschule eine Bedeutung haben, sondern auch von Anwohnern genutzt werde. Die Situation würde von der Verwaltung als nicht so gefährlich für die Radfahrer eingeschätzt.

Am Lieneschweg / Saarplatz wurde kürzlich ein aufgeweiteter Radaufstellstreifen (ARAS) mit zuführendem Schutzstreifen angelegt. Damit können Radfahrer an haltenden Pkw vorbeifahren und sich sicher im Blickfeld der Pkw an der Ampel aufstellen.

Herr Hendricks erläutert, dass die Verwaltung an die Studenten denken solle, da diese vorwiegend nicht mit dem Auto kämen. Gerade wenn vermieden werden solle, dass die zukünftig am Westerberg Studierenden (7000) nicht alle mit dem Auto kämen, da die Situation für die Radfahrer zu unsicher sei.

Herr Sunderdick regt an, vier weitere Stellplätze wegzunehmen, um die Situation zu entschärfen.

Ein Bürger erfragt, ob eine Sperrung der Fußgängerbrücke an der Albrechtstraße für Radfahrer möglich sei. Die Radfahrer führen mit hoher Geschwindigkeit auf die Brücke zu und könnten die andere Seite aber nicht einsehen. Er fragt die Verwaltung, ob eine Art Bügelvorrichtung errichtet werden könne, welche die Radfahrer zum Absteigen zwingt.

2 f) Pflasterung Katharinenviertel

Herr Prof. Dr. Haubrock erfragt den Stand der Reparaturmaßnahmen im Katharinenviertel.

Herr Schürings erläutert an Hand von Fotos die sichtbaren Schäden an der Arndtstraße. Untersuchungen seien bereits gemacht worden, doch sei die juristische Klärung der Haftungsfrage noch offen.

Herr Sunderdick stellt fest, dass die vorübergehend gemachte Ausbesserung für Radfahrer optimal sei.

Herr Prof. Dr. Haubrock spricht sich als Befürworter für das Pflaster aus, jedoch müsse jetzt dringend was passieren. Die Arndtstraße sei im Übrigen auch nicht die einzig betroffene Straße.

Ein Bürger fragt, wie die Verwaltung die Reparatur der Straße vorsehe.

Herr Schürings erläutert, dass Fachleute den Untergrund untersuchen und im Sinne des Steuerzahlers eine Ausbesserungsmöglichkeit suchen würden. Der Tiefbauunternehmer habe ein falsches Material genutzt, daher werde eine mögliche Haftung des Unternehmers noch geprüft. Sollte sich herausstellen, dass keine Haftung möglich sei, sei die Stadt verkehrspflichtig und werde eine Ausbesserung vornehmen.

Herr Brinkmann erklärt, dass der vordere Westerberg grundsätzlich auch nichts gegen das Pflaster habe.

2 g) Anwohnerparken Westerberg

Herr Prof. Dr. Haubrock erfragt den Stand der Planungen der Umsetzung des Anwohnerparkens im Bereich Wüste/Katharinenviertel/Westerberg.

Herr Schürings erläutert die Ausweitung des Bewohnerparkens nach dem Masterplan Mobilität. (s. Anlage).

Aufgrund des Beschlusses des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 24.03.11 wurde mit der Umsetzung in dem Gebiet 23 begonnen. Da bei einer Einführung des Bewohnerparkens verdrängte Dauerparker erfahrungsgemäß Parkstände in benachbarten Straßen nachsuchen, solle danach das angrenzende Gebiet 20 bearbeitet werden.

Der Bereich Westerberg sei hier somit nicht vorrangig zu behandeln. Der Bereich Katharinenviertel sei nach einem uneindeutigen Votum der Betroffenen nicht weiter bearbeitet worden.

Eine andere Priorität müsse an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt herangetragen werden.

Eine Bürgerin schildert das Parkproblem im Bereich Bismarckstraße. Hier würden tagsüber Verwaltungsmitarbeiter parken und nachts u.a. die Maiwochenbesucher. Es wird gefragt, wie das unterbunden werden könne? An der Edinghäuserstraße wäre eine Parkschlange von 400m, welche die Situation bei Gegenverkehr unmöglich macht.

Herr Schürings erklärt, dass die Zone 16 noch geprüft werde. Ein reines Bewohnerparken halte er aber für schwierig, da dann auch nicht die Besucher der Anwohner dort parken dürften. Hier sei nur eine Teillösung möglich.

Eine Bürgerin schildert die Situation an der Zeppelinstraße. Ein Anwohner habe hier einen Behindertenparkplatz, wenn das betreffende Auto dort parke, sei durch die gegenüberliegende einseitige Parkschlange die Straße nicht mehr zu befahren.

Herr Osterfeld erklärt, dass dort ein Halteverbot eingerichtet werde.

Weiterhin weist die Bürgerin daraufhin, dass an der Zeppelinstraße ständig die Bürgersteige zugeparkt seien und fragt, ob die Verwaltung dort eine Abschleppung veranlassen könne.

Herr Osterfeld erklärt, dass ein Abschleppatbestand vorliege müsse und nicht pauschal Fahrzeuge abgeschleppt würden.

Ein Bürger weist darauf hin, dass die Situation an der Edinghäuser Straße eine natürliche Verkehrsberuhigung sei.

Ein Bürger erklärt, dass er das Falschparken in der Katharinenstraße nicht nachvollziehen könne, es sei schließlich eine Fahrradstraße.

Herr Pistorius sagt zu, die Situation zu überprüfen.

2 h) Plakate im Katharinenviertel

Herr Prof. Dr. Haubrock fragt, ob das Aufhängen der Plakate „Herzlich willkommen in Mitte-West“ genehmigt worden sei und welche Funktion die Plakate hätten.

Herr Pistorius erläutert, dass das Anbringen von Werbeplakaten im öffentlichen Verkehrsraum in der Sondernutzungssatzung geregelt sei. Danach seien die genannten Plakate grundsätzlich genehmigungsfähig.

Es handele sich hierbei um sogenannte „Kandelaber“-Werbung. Für die konkreten Standorte der Kandelaber würden Sondernutzungserlaubnisse im Hinblick auf die verkehrliche Verträglichkeit erteilt. In diesem Fall ließe sich festhalten, dass es sich um genehmigte Standorte handele und eine entsprechende Nutzungserlaubnis erteilt worden sei. Die Standorte seien folglich nicht zu beanstanden und eine inhaltliche Wertung/ Bewertung der Werbung stehe der Stadt Osnabrück nicht zu.

2 i) Parkplatzsituation Klinikum Osnabrück

Herr Dohmann schildert, dass es in der Einfahrt des Lotter Kirchweges durch parkende Pkws oft zu gefährlichen Hindernissen komme.

Herr Osterfeld erklärt, dass das Parken grundsätzlich gemäß § 12 Straßenverkehrsordnung im Einmündungsbereich (5-m-Bereich) und vor abgesenkten Bordsteinen Kraft Gesetz verboten sei. Somit verblieben auf dem o.g. Teilstück Lotter Kirchweg 4 bis 5 mögliche legale Abstellmöglichkeiten. Weiterhin handele es sich dort um den Beginn einer Tempo-30-Zone. Die Verwaltung habe zusammen mit der Polizei die Situation auf dem Lotter Kirchweg hinsichtlich der geparkten Fahrzeuge mehrfach in Augenschein genommen.

Daraufhin wären Maßnahmen ergriffen worden, die insbesondere ein Parken im Einmündungsbereich Am Finkenhügel/ Lotter Kirchweg durch Aufbringen einer sogenannten Sperrfläche verhindern solle. Das Parken auf dem weiteren Zwischenstück werde als unkritisch eingestuft. Bei dort regelkonform geparkten Fahrzeugen verbleibe eine Restfahrbahn zwischen 4,70 m und 5,40 m. Dieses sei für den Begegnungsverkehr absolut ausreichend. Zudem hätten die dort geparkten Fahrzeuge den positiven Nebeneffekt, dass die Geschwindigkeiten trotz des großzügigen Einmündungsbereichs reduziert werde.

Das Parken dort sei somit zulässig und müsse keineswegs verhindert werden.

Die Beleuchtung von Fahrzeugen ist in § 17 der Straßenverkehrsordnung geregelt. Danach sei innerhalb geschlossener Ortschaften die der Fahrbahn zugewandte Fahrzeugseite durch Parkleuchten oder auf andere Weise kenntlich zu machen. Eine eigene Beleuchtung sei entbehrlich, wenn die Straßenbeleuchtung das Fahrzeug auf ausreichende Entfernung deutlich sichtbar mache.

Entsprechend dieser Vorgaben, und den Ausführungen folgend, müssten die dort abgestellten Fahrzeuge die sogenannte Parkleuchte bei einem abgestellten Fahrzeug auf der Fahrerseite einschalten.

Das Bewohnerparken sei für den Lotter Kirchweg nicht angedacht, so dass diese Möglichkeit ausscheide.

Herr Dohmann erklärt, dass zwei Pkws nebeneinander ein- und ausfahren könnten. Allerdings seien am Lotter Kirchweg mehrere Gewerbebetriebe angesiedelt, so dass größere Fahrzeuge nicht zeitgleich ein- und ausfahren könnten. Die parkenden Pkws seien Besucher des Klinikums, die nicht bereit wären, die Parkgebühren zu zahlen.

Herr Pistorius erläutert, dass in der heutigen Zeit die Bürger eben auch an Parkgebühren sparen würden.

Herr Prella erklärt, dass die beschriebene Einfahrt eine Einfahrtsstelle für ein Wohngebiet mit 380 Einfamilienhäuser sei und dass die übrige Fahrbahnbreite nicht zwei Fahrbahnen entspräche.

Herr Osterfeld erläutert, dass die Fahrbahnbreite ausreichend sei, wenn regelkonform geparkt werde. Für den Begegnungsverkehr sei eine Restfahrbahnbreite von 4,50m – 4,75m ausreichend. Hierdurch würde die Geschwindigkeit automatisch auch gedrosselt.

Herr Pistorius regt an, die parkenden Pkws durch den Außendienst kontrollieren zu lassen.

Herr Wurm erklärt, dass vor allem am Wochenende dort viele Pkws parken würden und dass das weitere Linkseinbiegen nach der Einfahrt unmöglich sei.

Er regt an, dort feste Parkplätze einzuzeichnen, damit die Kreuzung im Lotter Kirchweg nicht zugeparkt werde.

Herr Osterfeld sagt zu, diesem Vorschlag nachzugehen.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

Herr Pistorius informiert, dass es zurzeit keine aktuellen Vorhaben des Fachbereiches Städtebau gebe.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Geschwindigkeitskontrollen an der Martini Straße

Ein Bürger regt an, an der Martinstraße und an der Lotter Straße vor allem nach 20 Uhr durch mobile Radargeräte die Geschwindigkeit zu kontrollieren.

Herr Pistorius erklärt, dass dort nachts keine mobilen Radargeräte aufgestellt würden.

4 b) Planungen Bismarckstraße

Eine Bürgerin erfragt, wer ihr Ansprechpartner bei der Verwaltung bezüglich der Planungen an der Bismarckstraße sei.

Herr Schürings sagt die Übermittlung von Kontaktdaten zu.

4 c) Erneuerung der Piktogramme an der Caprivistraße

Frau Heilmann erklärt, dass einige Anlieger sich zusammenschließen würden um aus eigener Finanzierung die Piktogramme erneuern zu lassen.

Herr Schürings erläutert, dass dieses Angebot von der Verwaltung nicht angenommen werden könne, um keine Ungleichbehandlung im Stadtgebiet entstehen zu lassen.

Frau Heilmann erfragt, ob die Anlieger größere Mülltonnen für die Bushaltestellen finanzieren können.

Herr Hoffmeister klärt die Anfrage zum nächsten Bürgerforum Westerberg / Weststadt

4 d) Parksituation Lürmannstraße

Frau Billmann erklärt, dass die Parksituation abends nicht hinzunehmen sei. Besucher der VHS oder jetzt z.B. des Weihnachtsmarktes würden den ganzen Bereich zaparken. Die Lürmannstraße wäre dadurch oft nicht einsehbar. Die Pkws, die an der Bergkirche von oben kommend links abbiegen würden, könnten die Lürmannstraße nicht einsehen.

Herr Osterfeld berichtet, dass die Situation an der Lürmannstraße bekannt sei und dort ein Problem der Fehlpflasterung im Gehwegbereich vorläge, die durch Holzpoller abgesperrt sei. Hier könne nicht geparkt werden.

Frau Billmann weist daraufhin, dass die Gehwege neu gepflastert werden müssten. Durch den Baumbestand gäbe es oft Anhebungen auf den Gehwegen, die gerade für ältere Bürger eine Gefahr darstellen würden, da der Gehweg durch die hochkommenden Wurzeln viel zu schmal sei.

Herr Pistorius sagt zu, dass die Verwaltung sich um den Sachverhalt kümmern werde.

4 e) Zufahrt Wissenschaftspark

Frau Scholz fragt nach, ob die Ein- und Ausfahrten an der Sedanstraße auch beim Wissenschaftspark bestehen bleiben würden.

Herr Schürings erklärt, dass die Ein- und Ausfahrten nach den Planungen grundsätzlich bestehen blieben und noch zwei weitere Zufahrten hinzukämen.

4 f) Geschwindigkeitsmarkierungen Rheiner Landstraße

Herr Sunderdiek weist daraufhin, dass am Anfang der Nebenstraße der Rheiner Landstraße die Geschwindigkeitsbegrenzungen verblasst seien und überholt werden müssten.

Herr Schürings erklärt, dass die Verwaltung auf solche Hinweise aus der Bevölkerung angewiesen sei. Der Osnabrücker Service Betrieb (OSB) würde sich um diese Erneuerungen kümmern, der OSB habe ein Arbeitsprogramm für solche Erneuerungen, abhängig von der Witterung und dem Etat, wann die Markierungen erneuert würden.

4g) Radfahrer auf dem Bürgersteig an der Lotter Straße

Herr Sunderdiek weist daraufhin, dass der Bürgersteig an der Lotter Straße in Höhe Allfrisch oft von Radfahrern befahren werde und wie dieses zu ändern sei.

Herr Schürings erklärt, dass dieses Problem bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt besprochen worden sei. Das Problem sei, dass es klare Regeln gäbe, die von einigen Radfahrern nicht immer befolgt werden würden. Dieses habe auch bereits zu einigen Unfällen in diesem Bereich geführt.

Hinweisschilder würden dieses Problem nicht lösen, da die Akzeptanz fehle. Die Situation würde weiter beobachtet. Bei den Planungen der Lotter Straße sei eine Priorisierung verfolgt worden, wobei Gehwege und Parkbuchten für die ansässigen Geschäfte an der Lotter Straße unerlässlich seien. Weiterhin müsse eine bestimmte Fahrbahnbreite für die Busse eingehalten werden. Radfahrer „dürften“ somit auf der Straße fahren. Ansonsten müsse die Katharinenstraße als Alternative dienen.

Ein Bürger stellt fest, dass die Disziplin vieler Radfahrer zu wünschen übrig ließe. Vorhandene Radwege müssten genutzt werden. Ein blaues Hinweisschild würde eine Nutzung vorschreiben, ein roter Streifen sei ein Angebotsstreifen.

Ein Bürger fragt, ob solch ein Angebotsstreifen vor Allfrisch eingerichtet werden könne.

Herr Schürings erklärt, dass die Lotter Straße zu schmal für einen Radfahrstreifen sei.

4h) Mozartstraße

Herr Meimberg bittet darum, dass bei den Bauarbeiten an der Mozartstraße ein Gehweg freigehalten werde. Die Baufahrzeuge würden beide Gehwege blockieren.

Herr Schürings gibt diesen Hinweis weiter.

Herr Pistorius dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Westerberg, Weststadt für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

Winter-Albers
Protokollführerin

Anlage
- Übersicht Bewohnerparken